

Die Schmarotzer-Politik der links-grünen Städte



**Positionspapier der Schweizerischen Volkspartei zum Stadt-
Land-Graben in der Schweiz**

Bern, im September 2021

Inhalt

1.	Ausgangslage.....	2
2.	Der Stadt-Land-Graben: historische Konstante mit Konfliktpotenzial	3
3.	Die urbane Ideologie der Luxus-Linken und Bevormunder-Grünen	5
4.	Auf dem Weg in die links-grüne Ökodiktatur: Das Beispiel der Klima- und Energiestrategie der Stadt Luzern	7
5.	Die verschwiegene Umverteilung: Städter zocken Landbevölkerung ab ..	9
6.	Städtisches Missmanagement – Fehlanreize korrigieren.....	13
7.	Privilegien und Profiteure: der neue städtische Feudalismus.....	15
8.	Big Government oder: Wenn die Demokratie kippt	17
9.	Die Medien als Komplizen	18
10.	Fazit und Forderungen	18

1. Ausgangslage

Selten hat eine derart kurze Ansprache so viele Reaktionen ausgelöst wie die 1.-August-Rede von SVP-Präsident Marco Chiesa zum Stadt-Land-Graben¹. Darin forderte Chiesa die Bevölkerung auf, **die freie Schweiz gegen die links-grünen Städte zu verteidigen**. «Die Luxus-Linken und Bevormunder-Grünen in den Städten wollen allen anderen im Land vorschreiben, wie sie zu denken und zu leben haben», so Chiesa. Die linken Städter schauten verächtlich auf die Landbevölkerung herab – und lebten gleichzeitig auf deren Kosten. **Dieser «Schmarotzer-Politik» der wohlstandsverwahrlosten linken Städte sage die SVP den Kampf an.**

Mit diesen klaren Worten lancierte der SVP-Präsident eine lebhafte Debatte. Die SVP habe «ein neues zugkräftiges Thema», bemerkte der ehemalige Preisüberwacher und alt SP-Nationalrat Rudolf Strahm². «Die Kampagne der SVP gegen die Städte wird fruchten», prophezeite Mitte-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt im «Tages-Anzeiger»³. Die «Tagesschau» des Schweizer Fernsehens berichtete wiederholt und widmete der von Chiesa angestossenen Auseinandersetzung in der Sendung vom 8. August einen Analysebeitrag in ihrer Hauptausgabe⁴.

Die zufällig herausgepickten Beispiele zeigen: Mit der Thematisierung des Stadt-Land-Grabens in der Schweiz **trifft die SVP einen Nerv.**

Tatsächlich steht dahinter ein ernsthaftes Problem. Linke Städter leben in einer anderen Welt als die vorwiegend bürgerliche Landbevölkerung. Dabei versuchen sie ihre Umverteilungs-Ideologie und ihren urbanen Lebensstil für alle anderen als verbindlich zu erklären: Weil sie Tram und Bus vor der Haustüre haben, sollen gefälligst auch alle anderen auf das Auto verzichten oder mehr dafür bezahlen müssen. Dabei ist es den verwöhnten linken Städtern völlig egal, dass viele Betroffene auf ein eigenes Verkehrsmittel angewiesen sind – wie ein Grossteil der Landbewohner oder die KMU.

Um beim Beispiel der Verkehrspolitik zu bleiben: Mit immer mehr Schikanen und der künstlichen Verknappung des Parkplatzangebots verbarrikadieren sich die linken Städte geradezu. **Der Pöbel vom Land soll draussen bleiben** – die mittelalterlichen Stadtmauern feiern eine symbolische Wiederauferstehung. Mobilität wird ideologisch in Gut und Böse unterteilt. Während sich auf dem Land längst viele Bürgerliche für mehr Velowege einsetzen, werden sie in der Stadt genutzt zum Abbau von Auto-Strassen. Nur wenn es um die enormen Kosten für neue Velowege und Velobrücken in den Städten geht, sind die Auto-Fahrer wieder gut genug: Sie sollen mit höheren Benzin-Abgaben und Parkplatzgebühren **weiter gemolken werden**. In der Stadt Bern kostet eine Stunde parkieren neu 3 Franken statt wie bisher 2.20 Franken. Benzinautos müssen zudem höhere Parkkartengebühren zahlen als alternativ betriebene Fahrzeuge⁵. Dass sich viele Menschen mit tieferen Einkommen kein teures neues E-Auto leisten können, interessiert die Luxus-Linken nicht.

¹ www.svp.ch/news/artikel/referate/die-freie-schweiz-gegen-die-links-gruenen-staedte-verteidigen/. Video: <https://youtu.be/YgLzNEZNX0w>.

² «Das Klischee vom Graben zwischen Stadt und Land ist zu simpel», Tages-Anzeiger, 10.8.2021.

³ «Ein Spiel zuungunsten der Landbevölkerung», Tages-Anzeiger, 12.8.2021.

⁴ www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/tagesschau-vom-08-08-2021-hauptausgabe?urn=urn:srf:video:a6d571bc-b342-4f49-8ddd-74164282d92e.

⁵ www.tagblatt.ch/news-service/inland-schweiz/parkgebuehren-besitzer-von-benzinautos-sollen-in-bern-kuenftig-mehr-bezahlen-als-e-autofahrer-ld.2177258.

Die links-grüne Ideologie der Städter widerspiegelt sich in ihrem Abstimmungs- und Wahlverhalten: **Neun der zehn grössten Schweizer Städte haben eine linke Regierung**; das einzige bürgerlich gebliebene Bollwerk ist Lugano. Der zunehmende Linksdrall der bevölkerungsreichen Städte beeinflusst ausserdem immer mehr Abstimmungen auf eidgenössischer und kantonaler Ebene. Die Zweitwohnungsinitiative oder das Jagdgesetz sind in dieser Hinsicht typisch: Sie machen der Berg- und Landbevölkerung Vorschriften, von denen die Städter selber kaum betroffen sind. Witzige Zeitgenossen haben deshalb die Aussetzung von Wölfen in den Städten und von Krokodilen im Zürcher Seebecken gefordert. Wetten, dass da mancher Naturromantiker unter den Asphaltbürgern zu realistischeren Einschätzungen käme?

Es geht beim Stadt-Land-Konflikt aber nicht nur um Ideologie und unterschiedliche Lebenswelten, sondern auch um **handfeste ökonomische Interessen**. Die Stadtbewohner profitieren nämlich – wie mit Zahlen und Fakten belegt werden wird – in erheblichem Mass von der Landbevölkerung. Insofern hat die wachsende Entfremdung zwischen Stadt und Land eine rationale Basis: Die Bewohner der Landschaft bezahlen den Städtern einen Grossteil ihres Luxussozialismus. Dabei ist klar: Solange die leistungswillige Landbevölkerung den üppigen Lebenswandel der Städter fremdfinanziert, wird es keine politische Veränderung geben.

«Stadtluft macht frei», hiess es im Mittelalter. Das war einmal: Heute leben Freiheit und Selbstverantwortung auf dem Land. Es sind die bürgerlich geprägten Milieus auf der Landschaft, welche die freiheitlichen Werte und die Erfolgsfaktoren der Schweiz verkörpern. Nun muss es heissen: **Landluft macht frei!**

Dieses Positionspapier analysiert die schlummernden und offen ausgebrochenen Konflikte zwischen Stadt und Land und streicht insbesondere die Probleme heraus, die die linksdominierten Städte in ihren Luxusblasen einer freiheitlichen und von bürgerlicher Selbstverantwortung geprägten Schweiz bereiten. Abschliessend präsentiert das Positionspapier weitreichende politische Forderungen zur Korrektur der grössten Fehlentwicklungen – damit die Stadt-Land-Beziehungen wieder ins Lot kommen.

Dabei ist nochmals klarzustellen: **Die Städte enden an ihren politischen Grenzen. Alle anderen Gemeinden – von der Agglomeration bis ins Berggebiet – gehören zur Landschaft.** Damit richtet sich dieses Papier **nicht gegen die Städte oder die städtische Bevölkerung** allgemein. Es geht um die **Auswüchse links-grüner Schmarotzerpolitik der Kernstädte**. Und um die Stärkung der freiheitsliebenden Bevölkerung und der Steuerzahlenden auf dem Land – und in den Städten!

2. Der Stadt-Land-Graben: historische Konstante mit Konfliktpotenzial

Die Spannungen zwischen Stadt und Land sind so alt wie die Eidgenossenschaft. Kantone wie Zürich, Luzern oder Bern glichen zweigeteilten Zonen: Die Herren in der Stadt herrschten über die Untertanen auf dem Land. Diese Kantone nannte man deshalb «Stadtorte», im Gegensatz zu den «Landorten» wie Uri, Schwyz, Unterwalden oder Glarus, die mit ihren Landsgemeinden der breiten Bevölkerung ein demokratisches Mitspracherecht gewährten. «Mit dem Aufbau von Territorialherrschaften durch die eidgenössischen Städteorte und Genf wurden die Stadt-Land-Beziehungen im Lauf des 14. und 15. Jahrhunderts zu **Herrschaftsbeziehungen**. Diese fanden im Vogtei-, Steuer- und Militärwesen ihren deutlichsten Ausdruck»,

schreibt das Historische Lexikon der Schweiz⁶. **Die Landbewohner schufteten also immer schon für die Städter.**

Im Jahr 1481 brauchte es die Intervention des Nationalheiligen Niklaus von Flüe, um den Konflikt zwischen den Stadt- und Landorten um die Aufnahme von Freiburg und Solothurn in die Eidgenossenschaft zu entschärfen («Stanser Verkommnis»). In der frühen Neuzeit spitzte sich der Stadt-Land-Gegensatz aufgrund der Herrschaftsansprüche der Städte derart zu, dass es zu sogenannten **ländlichen Unruhen** kam. Das grösste Ereignis dieser Art war der Bauernkrieg 1653. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts gab es vielerorts weitere Auseinandersetzungen. Unter dem Einfluss der Frühindustrialisierung und der Französischen Revolution forderten ländliche Kleinunternehmer – vergleichbar den heutigen KMU – Gewerbefreiheit, politische Gleichberechtigung von Stadt und Land sowie die Beseitigung der feudalen Grundlasten⁷. 1833 trennt sich die Landschaft von der Stadt Basel als letzte Konsequenz gegenüber den städtischen Privilegien und der Bevormundung der ländlichen Bevölkerung durch die Basler Obrigkeit.

Die Konfliktlinie, die sich zwischen Städtern und Landbewohnern zieht, gehört deshalb mindestens so sehr zur Geschichte der Eidgenossenschaft wie der vielzitierte Röstli- oder Polenta-Graben. **Ein Gewerbetreibender in der Waadt steht seinen Berufskollegen in der Deutschschweiz oder im Tessin weltanschaulich und politisch viel näher als der verbeamtete Cüpli-Sozialist in der Stadt Lausanne.**

Die aktuellen Auseinandersetzungen verlaufen vielleicht **nicht mehr so brachial** wie die häufigen Händel von früher, verschwunden sind sie aber keineswegs. Im Gegenteil: Der Eindruck verfestigt sich, dass die Städte sich immer mehr gegen die Landschaft absetzen. Das deutlichste Zeichen dafür ist die Tatsache, dass praktisch **alle grossen Schweizer Städte mittlerweile stabil links** sind. Das war bis vor wenigen Jahrzehnten undenkbar. So kippte beispielsweise die über Generationen liberale Stadt Luzern ins links-grüne Lager⁸.

Wer den Stadt-Land-Graben als inexistent oder vernachlässigbar ansieht, der verschliesst die Augen vor der Realität. Das Forschungsinstitut GFS Bern hat – angeregt durch die 1.-August-Rede von SVP-Präsident Marco Chiesa und im Auftrag des Schweizer Fernsehens SRF – die **Unterschiede im Abstimmungsverhalten** untersucht. Der Befund der Untersuchung aller rund 350 eidgenössischen Volksabstimmungen der letzten 30 Jahre: **Durchschnittlich weichen die Schweizerinnen und Schweizer in den Städten und auf dem Land ganze 8 Prozentpunkte voneinander ab**⁹. Bei einzelnen Abstimmungen ist der Graben noch viel tiefer. Bei der Initiative «Schutz vor Waffengewalt» (2011) lag die Differenz bei fast 20 Prozentpunkten. In den 1980-er Jahren wurden regelmässig Unterschiede von 30 Prozentpunkten verzeichnet. Thematisch zeigten sich die Unterschiede vor allem in den Bereichen Wohnen, Verkehr, Landwirtschaft sowie bei Globalisierungsfragen, so die von SRF mit der Studie beauftragte Politologin Chloé Jans.

⁶ <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007881/2015-04-22/>.

⁷ <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/025759/2011-03-24/>.

⁸ www.nzz.ch/schweiz/wie-die-liberale-stadt-luzern-nach-links-kippte-ld.1341186.

⁹ www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/tagesschau-vom-08-08-2021-hauptausgabe?urn=urn:srf:video:a6d571bc-b342-4f49-8ddd-74164282d92e.

Die Entwicklung ist eindeutig: In den letzten Jahren verschärften sich die politischen Unterschiede zwischen Stadt und Land weiter¹⁰. Dabei hatte die NZZ, gestützt auf eine von ihr beim Bundesamt für Statistik bestellte Untersuchung, bereits 2017 getitelt: «Stadt-Land-Graben tritt häufiger auf»¹¹. Die Studie verglich die fünf grössten Schweizer Städte mit der Gruppe der knapp 800 agrarisch-ländlichen Gemeinden. Im genauer untersuchten Zeitraum von 2013 bis 2017 trat in 17 von 46 Abstimmungen eine sogenannte Polarisierung von über 20 Prozentpunkten auf. Mit anderen Worten: Bei **fast 37 Prozent** oder mehr als einem Drittel der Volksbefragungen unterschieden sich die Ergebnisse massiv!

Das ist weit mehr als statistische Zahlenspielerei – die Differenzen führen oft zu gegenteiligen Resultaten bei zentralen Vorlagen. Die grossen Städte lehnten die Durchsetzungsinitiative im Februar 2016 mit 76 Prozent ab, während die Landgemeinden sie mit 52 Prozent annahmen. Vergleichbar waren die Verhältnisse bei der erleichterten Einbürgerung für Ausländer (2017). Über Dreiviertel der Städter stimmten ihr zu; die Landbewohner taten das denkbar knapp mit 51 Prozent. Ähnlich gross waren die Unterschiede beim Energiegesetz (2017).

Über die letzten Jahrzehnte lagen die grössten Stadt-Land-Differenzen bei Vorlagen zu Landwirtschaft, Ökologie und Verkehr (etwa der Schwerverkehrsabgabe). Aber auch bei ausländer- und europapolitischen Entscheiden geht ein soziogeografischer Riss durch die Schweiz – von der EWR-Abstimmung (1992) über das Schengen-Dublin-Abkommen (2005) bis zur Minarett-Initiative (2009).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es gerade **in den umstrittenen Brennpunkten der Schweizer Politik** der letzten Jahre – Europa, Ausländer, Umwelt – zu **schweren Verwerfungen zwischen Stadt und Land** gekommen ist. Das Zünglein an der Waage spielen darum immer häufiger die Agglomerationen, die nicht so klar dem Schema «Links vs. Bürgerlich» zuzuordnen sind. Zur Begrenzung der Masseneinwanderung (2014) sagten die Agglomerationen Ja, während sie zehn Jahre zuvor die Personenfreizügigkeit mit der EU noch begrüsst hatten.

3. Die urbane Ideologie der Luxus-Linken und Bevormunder-Grünen

Das unterschiedliche Abstimmungs- und Wahlverhalten in Stadt und Land kommt nicht von ungefähr: Es handelt sich um **verschiedene soziale Milieus** mit unterschiedlichen Erfahrungen und Identitäten. Ein Grundzug des urbanen Milieus ist eine gewisse moralische Überheblichkeit, wie sie die deutsche Die-Linke-Politikerin Sahra Wagenknecht in ihrem Buch «Die Selbstgerechten»¹² den verwöhnten Genossen ankreidet. Wagenknecht nennt sie deshalb **«Lifestyle-Linke»**.

Sie fahren Velo und Tesla, kaufen teure Bioprodukte, arbeiten Teilzeit im modischen Co-Working-Space und propagieren Gendersternchen sowie andere politische Überkorrektheiten. **«Urban, divers, kosmopolitisch, individualistisch – links ist für viele heute vor allem eine Lifestylefrage»**¹³, schreibt Wagenknechts Verlag dazu. Die Autorin zeigt eine Alternative zu einem «Linksliberalismus, der sich progressiv wähnt, aber die Gesellschaft weiter spaltet, weil er sich nur für das eigene Milieu interessiert und Diskriminierung aufgrund sozialer Herkunft ignoriert»¹⁴. Oder in

¹⁰ Insbesondere durch den immer stärker werdenden Bevormundungsdrang aus den links-grünen Städten mit ihrem privilegierten und fremdfinanzierten Lifestyle.

¹¹ www.nzz.ch/schweiz/stadt-land-graben-tritt-haeufiger-auf-ld.1342776.

¹² Sahra Wagenknecht: Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinnutz und Zusammenhalt. Frankfurt/New York 2021.

¹³ www.campus.de/buecher-campus-verlag/wirtschaft-gesellschaft/politik/die-selbstgerechten-16576.html.

¹⁴ Ebd.

Wagenknechts eigenen Worten: «**Lifestyle-Linke treiben die Gesellschaft auseinander.**»¹⁵

Die ironische Pointe dieser sich ach so tolerant gebenden Luxus-Linken ist, dass sie von ihrem moralischen Hochsitz herab selbst **intolerante Engstirnigkeit** verbreiten. Die ganze Welt soll sich so verhalten, wie sie es tun. Wer andere Auffassungen hat, wird mit der Moralkeule niedergeknüppelt und als Rassist oder Sexist gebrandmarkt. Wagenknecht spricht in diesem Zusammenhang von der Anmassung der Lifestyle-Linken, «anderen Menschen vorzuschreiben, wie sie zu leben, zu essen, zu reden und zu denken haben»¹⁶. Das CO2-Gesetz lässt grüssen.

Damit einher geht als weiteres Merkmal der Luxus-Linken die sogenannte «Cancel Culture», die als «Lösch-» oder «Zensurkultur» übersetzt wird. Das heisst: Wer aus Sicht der Luxus-Linken unerwünschte oder abweichende Meinungen äussert, wird mit moralisierendem Bann und sozialem Ausschluss bestraft. Das ist das **Gegenteil einer offenen und lebendigen demokratischen Debatte**.

Dieser ideologisch verengte Rigorismus macht nicht einmal vor der Geschichte halt. Die Stadt Zürich – die grösste Schweizer Stadt – entfernt ganz offiziell die Statuen von in Ungnade gefallen Helden der Vergangenheit und lässt Inschriften an Häusern mit Bezeichnungen wie «Zum Mohren» übermalen. Dabei kümmert es die modernen Bilderstürmer nicht, dass der Begriff «Mohr» im historischen Kontext nicht abwertend, sondern im Gegenteil positiv besetzt war¹⁷.

Für Wagenknecht haben die in ihren städtischen Blasen lebenden Lifestyle-Linken den Bezug zu den wahren Problemen verloren – und damit auch den Draht zur ursprünglichen Klientel der linken Politik: den unteren sozialen Schichten: «Wir reden an den Menschen vorbei, die gerade in der Coronazeit viele soziale Probleme haben, wenn wir abgehobene Debatten über Sprachregelungen und Lebensstil-Fragen führen.»¹⁸

Dieser Befund deckt sich mit der Einschätzung von Rudolf Strahm. Auch er beklagt, dass die Luxus-Linken, Cüpli- und Salon-Sozialisten in den Städten **nicht mehr wissen, wo die Arbeiter der Schuh drückt (darum wählen sie längst SVP)**. Strahm beschreibt diese Entfremdung so: «In der Praxis der gewerblich-industriellen Wirtschaft zählt immer das Erreichte – aber bei den <Intellektuellen>, so das Empfinden, reicht das Erzählte.»¹⁹

Strahm irritiert die «bedenkenfreie Aufnahme» von Migranten in den Grossstädten «mit dem Schutz von bundesrechtlich abgewiesenen Asylpersonen ohne Aufenthaltsrecht». Die Bevölkerung auf dem Land und in den Agglomerationen sei nicht einfach fremdenfeindlich, wie die linken Städter unterstellten. Aber sie pflege ausgeprägter die Grundhaltung, dass man auch von Asylanten «eine Eigenleistung und die Respektierung der rechtsstaatlichen Aufenthaltsrechte erwartet»²⁰.

¹⁵ www.srf.ch/news/international/gender-statt-mindestlohn-die-selbstgerechten-wagenknecht-attackiert-lifestyle-linke.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ <https://linth24.ch/articles/66664-dr-gut-mohren-unerwuensch>.

¹⁸ www.srf.ch/news/international/gender-statt-mindestlohn-die-selbstgerechten-wagenknecht-attackiert-lifestyle-linke

¹⁹ «Das Klischee vom Graben zwischen Stadt und Land ist zu simpel», Tages-Anzeiger, 10.8.2021.

²⁰ Ebd.

Man kann also festhalten: Mit ihrer **Ideologie der offenen Grenzen und der längst widerlegten Multi-Kulti-Romantik** machen sich die urbanen Lifestyle-Linken **mitschuldig an der Verlüderung des Rechtsstaats** und dem massenhaften Missbrauch des Asylrechts durch Asyltouristen und verkappte Wirtschaftsmigranten. Diese Schweiz-Schmarotzer werden in den linken Städten mit offenen Armen empfangen.

Nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan ist in der Schweiz sofort ein Wettbewerb losgegangen: Links-grüne Städte und Politiker überbieten sich mit Forderungen, wie viele Tausend Afghanen in die Schweiz kommen sollen. SP-Nationalrat Fabian Molina forderte die Aufnahme von 10'000 Afghanen. Die Folgen dieser **unkontrollierten Asylzuwanderung** muss die Bevölkerung tragen: Es kommen Schwerintegrierbare, mögliche Terroristen und Gewalttäter. Profiteurin ist die links-grüne Asyl- und Sozialindustrie, mit der Molina verbandelt ist: Er ist Präsident des Hilfswerkes Solidar Suisse, das mit Steuergeldern alimentiert wird.

Das Fazit: **Die wirklichen Probleme der Menschen rücken in den städtischen Blasen immer mehr in den Hintergrund.** Stattdessen kaprizieren sich die Luxus-Linken und Bevormunder-Grünen auf **ideologische Nebenschauplätze**: vom Gender-Gugus über den Tempo-30-Terror und den Klimawahn bis zum Schaffen von immer neuen Opfergruppen, die nach dem Diskriminierungsstempel lechzen – in der durchaus begründeten Erwartung, dafür Geld vom Staat zu bekommen. Der links-grüne Umerziehungsdrang reicht bis zum Esstisch: Die Mensa der Uni Luzern bietet nur noch vegetarische Menüs an²¹. Natürlich soll auch dem Rest der Bevölkerung der Fleischkonsum ausgetrieben werden. Diesem Masterplan dient auch die Ökologisierung der Landwirtschaft, welche die Tierhaltung immer mehr benachteiligt.

4. Auf dem Weg in die links-grüne Ökodiktatur: Das Beispiel der Klima- und Energiestrategie der Stadt Luzern

Ein lupenreiner Ausdruck dieses Bestrebens der links-grünen Städte, der Bevölkerung vorzuschreiben, wie sie zu leben hat, ist die brandaktuelle «Klima- und Energiestrategie» der Stadt Luzern vom 13. August 2021²². Als ob es den Volksentscheid gegen das CO2-Gesetz bloss zwei Monate davor nicht gegeben hätte, geht diese Strategie noch viel weiter: Die links-grüne Stadtregierung legt ein «umfassendes Massnahmenpaket»²³ mit **einschneidenden Eingriffen und Verböten** vor, das **immense Kosten** verursachen wird, wie sie beispiellos sind in der Geschichte der Stadt Luzern. «Es gab in der Vergangenheit kaum je ein Projekt mit vergleichbar hohen finanziellen Auswirkungen», schreibt die Stadtregierung in ihrer Medienmitteilung vom 13. August²⁴.

Allein in den nächsten neun Jahren rechnet die Stadt Luzern mit **190 Millionen Franken** Mehrkosten. Geschöpft werden Steuerzahler und Einwohner nicht nur mit einer Aufstockung des Energiefonds, sondern auch durch eine Erhöhung der Konzessionsgebühren der städtischen Verteilnetze sowie durch einen Klimarappen.

Wie die Stadt lapidar mitteilt, kommen da noch «die Kosten der Massnahmenumsetzung für Dritte»²⁵ hinzu. Im Klartext: Vor allem die Hauseigentümer und die Unternehmen müssen mit horrenden Belastungen rechnen. Diesen Mehraufwand für

²¹ www.tagesanzeiger.ch/die-uni-luzern-provoziert-mit-einem-menue-diktat-411650258944.

²² [www.stadtluzern.ch/docn/3237778/Klima- und Energiestrategie Mitteilung 13.08.2021 Web.pdf](http://www.stadtluzern.ch/docn/3237778/Klima-und_Energiestrategie_Mitteilung_13.08.2021_Web.pdf).

²³ Ebd.

²⁴ Ebd.

²⁵ Klima- und Energiestrategie, Faktenblatt 3: «Kosten und Finanzierung», S. 1.

Wirtschaft und Einwohner schätzt die Luzerner Stadtregierung auf **370 Millionen Franken** bis 2030²⁶.

Doch damit nicht genug: Um die Kommunikation mit der Bevölkerung zu verstärken und eine «breite Unterstützung dieses tiefgreifenden Transformationsprozesses»²⁷ zu erwirken, will die Stadt Luzern nach eigenen Angaben **840 teils befristete, teils unbefristete Stellenprozente** mit den entsprechenden Kostenfolgen schaffen²⁸. Mit anderen Worten: Um das Volk im Sinne der links-grünen Klima-Ideologie umzuerziehen beziehungsweise auf Kurs zu halten, wird eine eigene staatliche Propagandazentrale aufgebaut.

Wozu sie nötig ist? Das zeigen die einzelnen Massnahmen:

- Reduktion der Treibhausemissionen auf Stadtgebiet bis 2040 auf null;
- Halbierung des Energiebedarfs von heute 4000 Watt pro Kopf auf 2000 Watt bis 2050;
- Massiver Ausbau des Solarstroms;
- Reduktion des Verkehrsaufkommens (gemeint sind ausschliesslich Privatautos) um 15 Prozent gegenüber 2010 bis ins Jahr 2040;
- Ersetzung aller in der Stadt Luzern immatrikulierten Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren (ebenfalls bis 2040)²⁹.

Die Stadt Luzern weiss selbst, dass sie die Ziele ihrer Klima- und Energiestrategie nur **durch massiven Zwang und durch Verbote** erreichen kann. Konkret werden unter anderem Autos mit Verbrennungsmotoren vollständig aus dem Stadtgebiet verbannt. Dazu soll Art. 5 des Energiereglements um einen neuen Absatz 3 erweitert werden («Bis 2040 müssen alle in der Stadt Luzern immatrikulierten Fahrzeuge elektrisch und/oder erneuerbar angetrieben sein.»³⁰). Verbote spricht die links-grüne Stadtregierung auch im Heizungsbereich aus: Sie will den Einbau von Öl- und Gasheizungen praktisch ausnahmslos «verbieten». Dabei orientiert sich Luzern am Vorbild der Stadt Basel, wo sich dieses Vorgehen «bewährt»³¹ habe.

Die **links-grüne Kampfansage an den motorisierten Individualverkehr** geht indes noch weiter als die von oben befohlene vollständige Dekarbonisierung der Mobilität.³² Neben dem erzwungenen Umstieg auf Elektrofahrzeuge werden auch die Parkmöglichkeiten radikal reduziert: «Bis im Jahr 2040 will der Stadtrat jeden zweiten Parkplatz auf öffentlichem Grund aufheben und die Flächen für Boulevard-Gastronomie, für stadtklimatisch und ökologisch wertvolle Grünräume, für Fussgänger, Velofahrerinnen und den öffentlichen Verkehr zur Verfügung stellen.»³³ Dabei macht die linke Stadtregierung nicht einmal vor Eingriffen in das Eigentumsrecht Halt: «Überzählige Parkplätze» von Privaten müssen «abgebaut oder umgenutzt» respektive «abgetreten» werden³⁴.

²⁶ Ebd.

²⁷ [www.stadtluern.ch/docn/3237778/Klima- und Energiestrategie Mitteilung 13.08.2021 Web.pdf](http://www.stadtluern.ch/docn/3237778/Klima-undEnergiestrategieMitteilung13.08.2021Web.pdf).

²⁸ Ebd.

²⁹ Ebd.

³⁰ Ebd.

³¹ Klima- und Energiestrategie, Faktenblatt 2: «Massnahmenplanung», S. 2.

³² Klima- und Energiestrategie, Faktenblatt 1: «Neue Strategische Zielsetzungen der Stadt Luzern», S. 4.

³³ Klima- und Energiestrategie, Faktenblatt 2: «Massnahmenplanung», S. 3.

³⁴ Ebd.

Dieses Vorgehen ist typisch für die links-grünen Städte. Ähnliche Projekte laufen auch in Zürich, Bern oder Basel. Damit verbunden sind **massive Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit und andere Grundrechte**. Die SVP sagt dieser freiheitsfeindlichen und unsozialen Verbotskultur der luxuslinken urbanen Eliten den Kampf an – die Schweiz darf sich **nicht in Richtung einer Ökodiktatur** entwickeln.

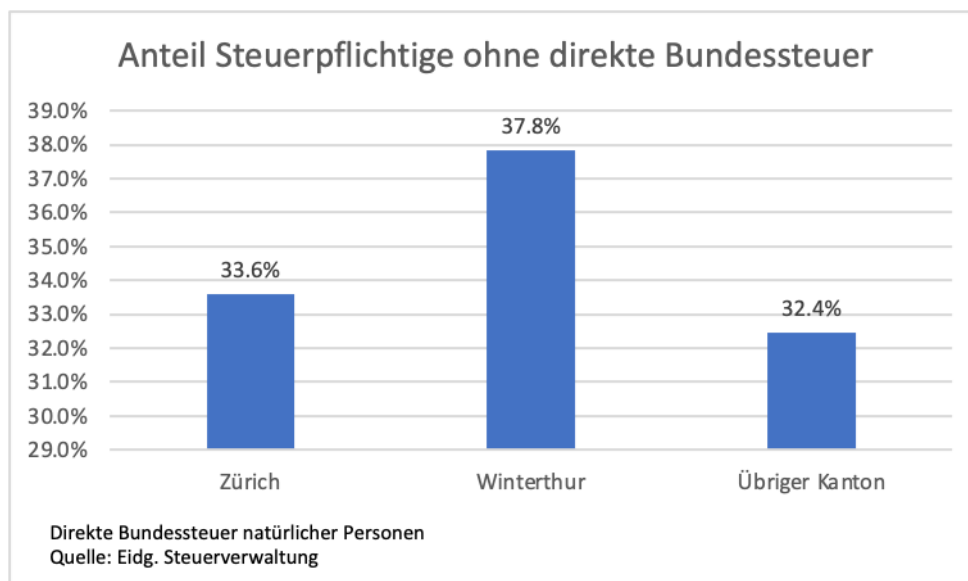
Problematisch sind die schwindelerregend teuren Ökoexperimente der linken Städte auch deshalb, weil sie **zu einem erheblichen Teil von der Landbevölkerung finanziert** werden, welche diese links-grüne Bevormundungspolitik ablehnt. Dies ist Thema des folgenden Kapitels.

5. Die verschwiegene Umverteilung: Städter zocken Landbevölkerung ab

Ihren kostspieligen Lebenswandel finanzieren die urbanen Lifestyle-Linken nicht selbst. Sie können sich ihn deshalb leisten, weil ihn die Landbevölkerung in erheblichem Ausmass mitfinanziert: Es besteht eine **massive Umverteilung vom Land in die Stadt**. In der öffentlichen Debatte wird dieser Umstand kaum diskutiert. Dabei dürften sich die finanziellen Lasten für die Landbevölkerung mit den milliardenteuren Klimaexperimenten der linken Städte noch deutlich erhöhen – das Beispiel der Stadt Luzern gibt einen Vorgeschmack.

Eine detaillierte Untersuchung der SVP für den Kanton Zürich hat teilweise erstaunliche Erkenntnisse geliefert, die sich in anderen Kantonen mit grösseren Städten weitgehend bestätigen dürften:

- Die Steuerzahler in den Städten Zürich und erst recht in Winterthur zahlen **häufiger als jene auf dem Land keine direkten Bundessteuern**. Ein Steuerpflichtiger auf dem Land zahlt mehr Bundessteuern als die Städter.

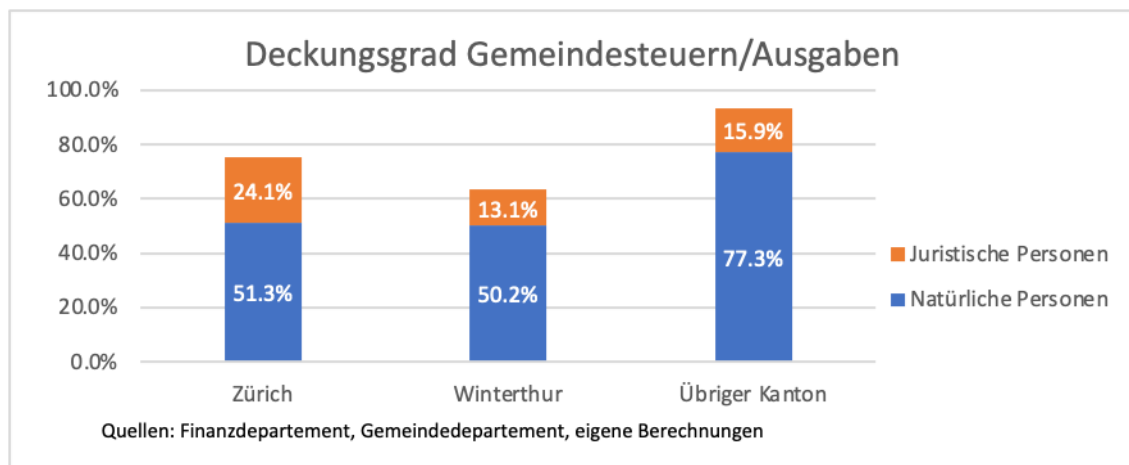


- Das steuerbare Einkommen liegt in den Städten deutlich unter jenem des restlichen Kantons. Dabei verdienen die Angestellten in der Stadt Zürich mehr als im übrigen Kanton. Die Erklärung dafür ist, dass in der Stadt **mehr Teilzeit gearbeitet** wird. Folgende Tabelle zeigt die Erwerbsquote in Vollzeitäquivalenten beider Geschlechter für die Stadt Zürich und den übrigen Kanton im Jahr 2019.

2019	Stadt Zürich	Ø übriger Kanton
Männer	72,2%	92,2%
Frauen	54,3%	67,1%

Quelle: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

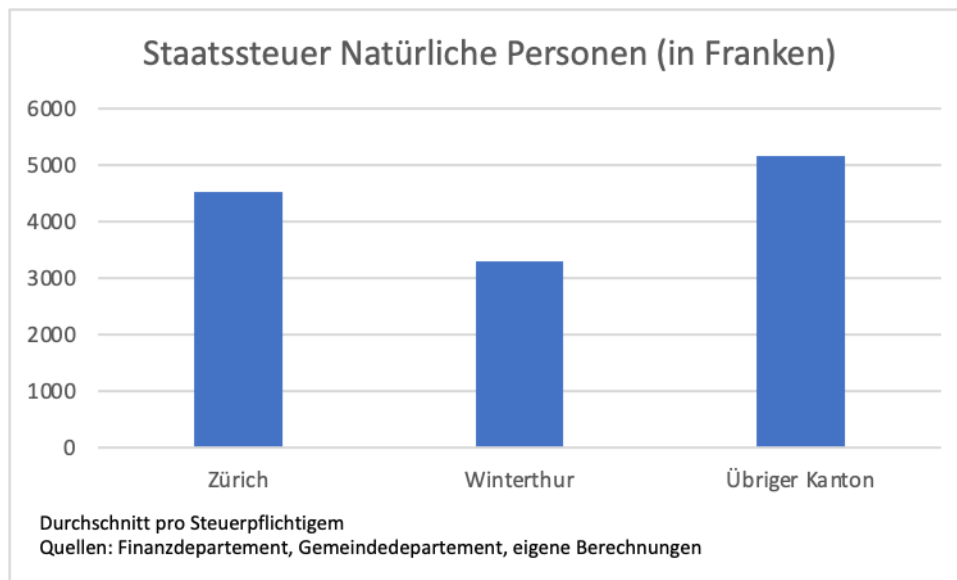
- Weil in den Städten die juristischen Personen einen grösseren Anteil der Gemeindesteuern tragen als auf dem Land, **erscheinen die staatlichen Dienstleistungen für die Städter billiger, als sie es tatsächlich sind.**



Die Doppelmoral ist nicht zu übersehen: Die linken Städter können noch so sehr gegen die angebliche böse Wirtschaft agitieren – **das Steuergeld der erfolgreichen Unternehmen nehmen sie gern.** In der Stadt Zürich leben sie von der Banken- und Versicherungsbranche, in Genf von den Rohstoffhändlern, und die Stadt Basel würde ohne die Pharmakonzerne zum nationalen Sozialfall.

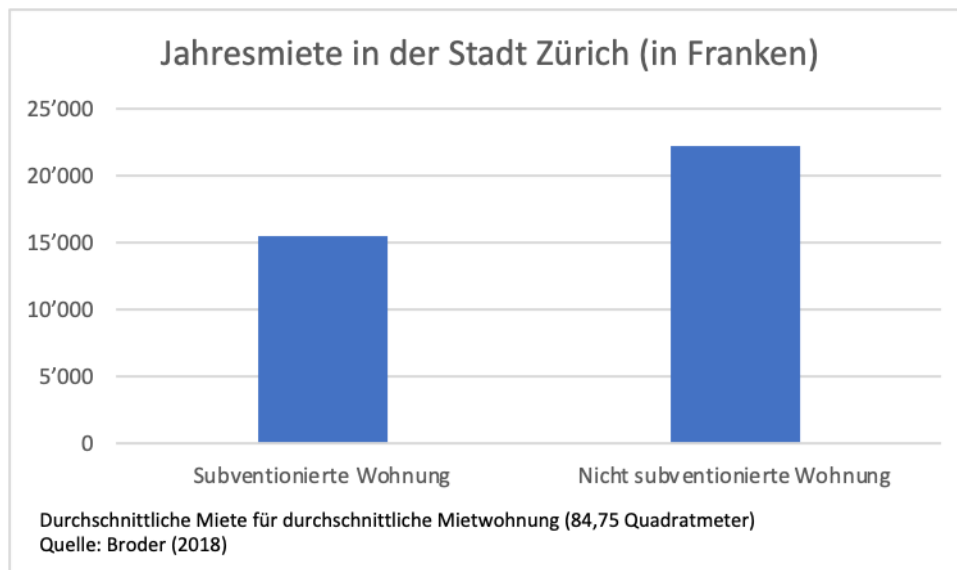
- Die Steuerzahler auf dem Land sind **wirtschaftlich viel leistungswilliger.** Über die Staatssteuer der natürlichen Personen subventioniert die Landbevölkerung die Stadtbevölkerung in beträchtlichem Umfang. Ein Zahlenbeispiel: Ein Steuerzahler in der Stadt Zürich lieferte im Jahr 2017 durchschnittlich 4525 Fr. an Staatssteuern ab. In Winterthur waren es nur 3301 Fr. Im restlichen Kanton dagegen 5173 Fr. Im Vergleich zur Landbevölkerung zahlt also jeder Städter (Winterthur und Zürich zusammengenommen) 882 Fr. zu wenig³⁵.

³⁵ Quellen: Finanzdepartement, Gemeindepapament, eigene Berechnungen.



- Mit dem Zentrumslastenausgleich subventionieren die Landgemeinden die Städte. Zürich und Winterthur bekommen so zusammen knapp 484 Millionen Franken. Damit liefert jeder Bewohner der übrigen Gemeinden **gut 505 Fr. an die Grosstädter** ab.
- Die Städte beziehen in erheblichem Mass **Finanzausgleich** vom Land.
- Die Einwohner der Städte bezahlen deutlich weniger Steuern, als dies zur Deckung der staatlichen Leistungen notwendig wäre. In Zahlen³⁶: In den drei Staatsstufen (Bund, Kanton, Gemeinde) ergibt sich bei den natürlichen Personen in der Stadt Zürich ein Fehlbetrag von minus 1900 Fr. (das entspricht 16,2 Prozent der total entrichteten Steuern). In der traditionell linken Stadt Winterthur bezahlt jeder Steuerzahler sogar 4180 Fr. zu wenig. Dies macht 47,6 Prozent oder fast die Hälfte des Totalbetrags aus! Ganz anders ist die Situation im übrigen Kanton: Hier weisen die Steuerzahler einen Überschuss von 1121 Fr. (8,6 Prozent) aus. Mindestens die Hälfte des Fehlbetrags der beiden Grosstädte wird **durch die Landbevölkerung über den kantonalen Finanzausgleich finanziert**.
- Von den **Ergänzungsleistungen (EL) und Prämienverbilligungen (PV)**, die gemeinsam von Bund und Kanton finanziert werden, erhält die Stadtbevölkerung einen **weit überproportionalen Anteil**.
- Im **sozialen sowie gemeinnützigen Wohnungsbau und der Kinderbetreuung** sind vor allem die Städte aktiv. In der Stadt Zürich ist jede fünfte Wohnung auf diese Weise subventioniert, was für eine durchschnittliche Stadtwohnung eine jährliche Ersparnis von etwa 6700 Franken im Vergleich zur Marktmiete entspricht. Dieser Faktor verschärft das ohnehin im Durchschnitt bestehende Missverhältnis zwischen Steuerzahlungen der Städter und erhaltenen staatlichen Leistungen.

³⁶ Immer für das letzte verfügbare Jahr 2017.



- Auch die **ausserfamiliäre Kinderbetreuung** spielt sich schwerpunktmässig in den Städten ab. Dabei gibt Zürich fast zehnmal mehr pro Kopf der Bevölkerung für Kindertagesstätten und Horte aus als die Gemeinden des übrigen Kantons.
- **Die Städte sind Moloche**, deren Aufwand ein Mehrfaches der übrigen Gemeinden beträgt. Das zeigt sich bei der **Sozialhilfe**: Die Sozialhilfequote ist in den Städten fast doppelt so hoch wie im übrigen Kanton. Als Faustregel gilt: Je kleiner die Gemeinde, desto tiefer der Anteil an Sozialhilfebezügern. In Biel beziehen 10,7 Prozent der Wohnbevölkerung Sozialhilfe – gegenüber 3,2 Prozent im nationalen Durchschnitt³⁷. Dass diese rekordhohe Sozialhilfequote auch hausgemacht ist, bestätigte 2015 eine externe Untersuchung. Die Experten stellten dem Sozialdienst ein miserables Zeugnis aus: Die Kontrollen waren lückenhaft, die Richtlinien rudimentär, geführt wurde vor allem informell und mündlich, während die Sozialhilfeempfänger kaum oder gar nicht in die Pflicht genommen wurden. Zudem war die Missbrauchsbekämpfung zu einem guten Teil von der Einstellung der Sozialdienst-Mitarbeitenden abhängig³⁸.
- Anhand der sogenannten **adjustierten Fiskalbilanz**, die auch die Differenz bei den Sozialausgaben berücksichtigt, kann geschätzt werden, dass die Einwohner der Grossstädte Zürich und Winterthur steuerfinanzierte staatliche Dienstleistungen im Umfang von 1,2 Mrd. Fr. beziehen, für die sie nicht mit ihren Steuern bezahlen. Heruntergebrochen auf den einzelnen Steuerzahler heisst das: **Ein Steuerzahler in der Stadt Zürich zahlt 2515 Fr. zu wenig**. In Winterthur beträgt der Fehlbetrag sogar 4795 Fr. Umgekehrt stellt sich die Situation für die Bewohner im übrigen Kanton dar: Jeder von ihnen bezahlt 1481 Fr. zu viel.
- Und noch eine frappierende Zahl in diesem Zusammenhang: Die Steuerzahler der Stadt Winterthur decken die ihnen zugutekommenden Staatsausgaben nicht einmal zu zwei Dritteln (**64,7 Prozent**).

Diese ökonomischen Tatsachen verdeutlichen die **Tiefe des Stadt-Land-Grabens** und bergen politisches Sprengpotenzial. Die Linken fordern gerne mehr finanzielle Transparenz auf allen möglichen Gebieten – stellen wir sie auch in diesem Zentralbereich des Gemeinwesens her! Es ist dringend notwendig, dass die **Kosten- und Steuerwahrheit** im Verhältnis zwischen Stadt und Land auf den Tisch kommt.

³⁷ Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2019.

³⁸ «Beat Feurer hat kein leichtes Erbe angetreten», Berner Zeitung 27.1.2015, S. 2

6. Städtisches Missmanagement – Fehlanreize korrigieren

Der Fall sorgte kürzlich für Schlagzeilen: Der Stadtzürcher SP-Mann Roberto Rodriguez, Präsident der Kreisschulbehörde Uto, liess sich in seinem eigenen Schulkreis zum Schulleiter wählen. Dabei holte er sich die nötigen Stimmen von einem Gremium, dem er selbst angehört.³⁹ Für zusätzliche Empörung sorgte die Tatsache, dass Rodriguez für seinen freiwilligen Jobwechsel eine unglaubliche Abgangsentschädigung von 650 000 Franken erhält.

Dass ein Vertreter des linksurbanen Filzes die Stadtkasse ganz legal derart plündern kann, liegt im System. Die **Fehlanreize müssen dringend korrigiert werden**. Denn der Fall Rodriguez ist kein Einzelfall. Auch andernorts missbrauchen die luxuslinken Stadtoberen das Gemeinwesen als Selbstbedienungsladen.

Ein paar Beispiele:

- Ein wahres Nest von Misswirtschaft auch jenseits des Legalen ist die **Affäre rund um Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ)**, die 2018 aufflog. Kaschierte Millionenbeträge, ein nicht bewilligter BMW mit 300 PS als Dienstwagen und eine prall gefüllte schwarze Kasse waren nur der Anfang. Beim Bau des Logistikzentrums Hagenholz wurden Mehrkosten von 15 Millionen Franken verschleiert – mit falschen Konten und dem Verschwinden-Lassen von 132 Dokumenten. Mitarbeiter, die kritische Fragen stellten, wurden mit einem Maulkorb aus dem Amt gedrängt.
- Beispiel **Missbrauch bei städtischen Wohnungen**. In Bern⁴⁰ hatten sich mehrere prominente SP-Politiker in verbilligten Wohnungen eingenistet: Genossen-Filz vom Feinsten. In der Stadt Zürich wurde publik, dass die Direktorin des Personalamts mit 287'000 Franken Lohn in einer städtischen Liegenschaft direkt an der Limmat für 1557 Franken brutto wohnt: Beamtenfilz vom Feinsten. Man kann davon ausgehen, dass auch andere Städte nach diesem Muster Wohnungen vergeben. Niemand sorgt so schamlos – und auf Kosten der Steuerzahlenden – für die eigene politische Klientel wie die links-grün dominierten Städte. Nach dem Prinzip: **Man wählt die Hand, die einen füttert**.
- Die **Verkehrsbetriebe Luzern (VBL)** haben während mehreren Jahren Gewinne aus dem subventionierten Betrieb verbucht, um daraus Dividenden in der Höhe von einer Million Franken an die Stadt Luzern zu zahlen. Die Erreichung der Gewinnziele war auch ein Element für die Berechnung der variablen Lohnbestandteile der städtischen Elite, die im Verwaltungsrat der VBL sitzt. Ein weltweit einmaliges Modell, wie die NZZ bemerkt.⁴¹
- Ein **eklatantes Beispiel für urbane Misswirtschaft** auf Kosten der Landbevölkerung stellen die sogenannten **Sozialregionen im Kanton Solothurn** dar. Der Anstoss dazu kam vom ehemaligen SP-Regierungsrat Peter Gomm, der damals auch Präsident der Sozialdirektorenkonferenz war⁴². Mit den Sozialregionen wurde ein Finanzierungsmodell eingeführt, bei dem die Dörfer für die vielen Sozialhilfebezügler in den Städten kräftig mitzahlen. Weil das Verursacherprinzip ausser Kraft gesetzt ist, sind die Anreize zum Sparen praktisch inexistent. Die Kosten für die öffentliche Hand laufen aus dem Ruder. Umso mehr profitiert der linke Sozialfilz, wo eine Hand die andere wäscht.
- Kaum besser ist die Lage im Kanton Bern. In der **Sozialhilfe-Hölle Biel** fressen die Sozialhilfekosten sage und schreibe 80 Prozent der Steuereinnahmen

³⁹ «Ein Genosse unter Abzockerverdacht», NZZ, 22.7.2021.

⁴⁰ www.watson.ch/gesellschaft%20&%20politik/immo/865009598-sp-politiker-als-profiteure-bern-vermietet-stadt-wohnungen-zu-guenstig, www.20min.ch/story/guenstige-stadtwohnung-fuer-bundesrats-schwester-930978639071.

⁴¹ «Eklat bei den Verkehrsbetrieben Luzern», NZZ, 21.11.2020.

⁴² «Solothurner Sozialfilz», Weltwoche Nr. 17/15.

auf⁴³! Das müsste eigentlich jede Stadt an den Rand des Ruins treiben und zu Reformen zwingen. Nicht so in Biel: Der Kanton Bern sowie die Landgemeinden müssen für die Unkosten der Stadt Biel geradestehen. Deshalb kann sie munter so weiterkutschieren.

Dieses Muster – Grossstädte, die **schmarotzerisch auf Kosten der Landgemeinden** leben – zeigt sich durchs Band. Wenn es darum geht, sogenannte Zentrumslasten abzuwälzen, kennt der Erfindungsreichtum der Städte keine Grenzen. Nehmen wir das Exempel der **Stadt Bern**:

- Sie schlägt das Betriebsdefizit (61'000 Fr.) der **Velostationen** auf Stadtgebiet den Zentrumslasten zu, obwohl der Veloverkehr hauptsächlich von Zentrumsbewohnern verursacht wird.
- Gleich verfährt die Stadt Bern beim Beitrag (134'000 Fr.) an die städtische **Jugendherberge**. Damit ist die städtische Jugi gegenüber allen anderen im Kanton bevorzugt.
- Nicht weniger unverschämt ist die Verbuchung der **städtischen Sportförderung** (600'000 Fr.) als Zentrumslast. Als ob die Simmentaler oder Emmentaler zum Sporttreiben in die Stadt kämen. Die Rechtfertigung des Regierungsrats für diese kreative Buchhaltung ist entlarvend: «Die Sportförderung der Stadt Bern wurde neu als Zentrumslast aufgenommen, da die Städte Biel und Thun ihre Zentrumslasten für die Sportförderung ebenfalls geltend machen konnten.»⁴⁴ Ganz nach dem Motto: «Wen kümmert es schon, ob es fair ist oder nicht? Wenn andere Städte der Landbevölkerung das Geld aus der Tasche ziehen, dann machen wir es auch.»

Oder, als weiteres Beispiel, die kantonalzürcherische Abstimmung über den **Strassenfonds** von 2020:

- Am 27. September 2020 kam eine von links-grüner Seite lancierte parlamentarische Initiative zum Strassenfonds zur Abstimmung. Bis dahin diente der Fonds ausschliesslich der Finanzierung des kantonalen Strassennetzes. Er wurde und wird ausschliesslich von den Autofahrern bezahlt (Motorfahrzeugsteuer sowie Kantonsanteil an Mineralölsteuer und LSVA). Die Initiative verlangte nun, dass in Zukunft mindestens ein Fünftel der jährlichen Einnahmen von total gegen 500 Millionen Franken für die Gemeindestrassen verwendet wird. Dies **begünstigt in Zukunft die grossen Städte** mit Dutzenden Millionen Franken pro Jahr, da die Verteilung auf die Gemeinden anhand der Länge der Gemeindestrassen festgelegt wird. Geld, das die linken Städte beispielsweise für Velowege ausgeben.
- Die kantonalzürcherische Stimmbevölkerung stimmte dem Anliegen mit 55,23 Prozent zu, wobei die Grossstädte Zürich (61,02 Prozent Ja) und Winterthur (61,76 Prozent Ja) überdurchschnittlich zustimmten, während auf dem Land viele Gemeinden die Vorlage ablehnten. **Auf dem Land sind die Leute eher auf das Auto angewiesen**, dementsprechend ist die Anzahl Autos pro Kopf der Bevölkerung fast doppelt so hoch.

Die Auswahl an Fallbeispielen zeigt: **Die Städte scheuen vor nichts zurück**, wenn es darum geht, die von ihnen verursachten Kosten auf die Landbewohner abzuwälzen. Unter ihrem **liederlichen Finanzregime** und der **unverschämten Selbstbedie-**

⁴³ www.blick.ch/politik/sozialhilfe-frisst-80-prozent-der-steuern-biel-in-der-fuersorge-falle-id3093815.html.

⁴⁴ Antwort des Regierungsrats vom 24.6.2020 zur IP Krähenbühl (SVP) Nr. 013-2020.

nungsmentalität der urbanen Eliten leiden die Gemeinden und Steuerzahler in den übrigen Kantonsgebieten. Dieses systematische Abschieben von Kosten und Verantwortung muss aufhören.

7. Privilegien und Profiteure: der neue städtische Feudalismus

Die Herren lassen die Knechte schuften. Es ist eine lange Tradition, dass sich privilegierte Schichten ihren Lebensstandard auf Kosten der restlichen Bevölkerung ermöglichen. Dieses Feudalprinzip ist in neuem Gewand zurückgekehrt: In den öffentlichen Verwaltungen der links-grünen Städten hat sich ein **Hofstaat von Privilegierten und Profiteuren** herausgebildet.

Die Arbeitsbedingungen für die aktuell 22'370 Vollzeit-Angestellten (das sind 520 Stellen mehr als im Vorjahr und 5600 mehr als im Jahr 2000⁴⁵) der Stadt Zürich sind luxuriös. Dies nicht nur, weil die Jobs krisensicher und die Löhne im landesweiten Vergleich mit anderen öffentlichen Verwaltungen die höchsten sind – es kommen allerhand weitere **Begünstigungen** hinzu⁴⁶, **von denen die normal arbeitende Bevölkerung nur träumen kann:**

- In der Schweiz gilt, dass Arbeitnehmer ab dem 20. Altersjahr Recht auf mindestens vier Wochen bezahlte Ferien haben. Die Stadt Zürich gewährt je nach Alter **4 bis 7 Wochen Ferien**. Zusätzlich (!) haben alle Mitarbeitenden Anrecht auf sechs „Betriebsferientage“!
- Neben dem 1. August (Bundesfeiertag) dürfen die Kantone höchstens acht weitere Feiertage bestimmen. Bei der Stadt Zürich gibt es insgesamt **zehn Feiertage!** Zusätzlich bekommen die städtischen Angestellten noch halbe Feiertage geschenkt: die Nachmittage des Sechseläutens, des Knabenschiesens und des 24. Dezembers. Unfreiwillig spendiert von den Steuerzahlern.
- Die Stadt Zürich bietet **Frühpensionierungsmöglichkeiten** ab 58 Jahren.
- Nach fünfjähriger Anstellung und danach alle fünf Jahre haben Verwaltungsmitarbeitende Anspruch auf einen vierwöchigen, unbezahlten «**Treueurlaub**».
- Die städtische Verwaltung wirbt zudem mit **besseren Sozialleistungen**: «Als bei der Pensionskasse Zürich versicherte Person profitieren Sie von überdurchschnittlichen Leistungen, die in der Regel weit über die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanforderungen hinausgehen, und zwar zu sehr vorteilhaften Konditionen.»⁴⁷ **Konkret übernimmt die Stadt Zürich 60 Prozent der PK-Beiträge** – während für die meisten Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft 50:50 gilt.
- Die städtischen Angestellten profitieren in allen angeschlossenen Restaurationsbetrieben von einer «Lunch-Check-Karte» mit Vorzugskonditionen: «Sie erhalten zum Beispiel 200 Franken auf ihre Lunch-Check-Karte aufgeladen, bezahlen dafür aber nur 100 Franken⁴⁸. **Essen zum halben Preis** – während sich so mancher Steuerzahler den Restaurantbesuch vom Mund absparen muss.

⁴⁵ Daniel Fritzsche: Die Zürcher Stadtverwaltung wächst nächstes Jahr um satte 520 Vollzeitstellen, selbst die GLP spricht von Masslosigkeit, in: NZZ online, 6.12.2019, www.nzz.ch/zuerich/stadtverwaltung-zuerich-waechst-um-520-vollzeitstellen-an-ld.1526502?reduced=true

⁴⁶ Arbeit für Zürich, Herausgeberin Stadt Zürich, Juli 2021

⁴⁷ Wir arbeiten für Zürich. Informationen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Stadt als Arbeitgeberin. S. 30.

⁴⁸ Ebd., S. 34.

Auch in Winterthur sind die Bedingungen für städtische Angestellte vergleichsweise vorzüglich.⁴⁹ Über Winterthur ist zu lesen: «Rund 5000 Mitarbeitende sorgen jeden Tag dafür, dass Winterthur lebenswert ist und bleibt.»⁵⁰ Die Stadt kann ihren Mitarbeitenden eine Prämie von bis zu 10'000 Franken pro Person und Jahr auszahlen.⁵¹ Wer wie Claudia Nielsen (SP) nach acht Jahren als Zürcher Stadträtin nicht mehr antritt, bekommt **850'000 Franken oder dreieinhalb Jahreslöhne als Abfindung**⁵². Das ist viel mehr Geld, als die meisten Angestellten während eines Arbeitslebens für ihre berufliche Vorsorge ansparen können. Linke Abzockerei auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

Die Stadt Bern verspricht ihren Angestellten eine optimale «Work-Life-Balance» und klingt dabei wie ein Prospekt einer privaten Wellness-Klinik: «Wir unterstützen Teilzeitarbeit und Arbeitsformen, die sich an den individuellen Lebensphasen orientieren.»⁵³ Ein bisschen Homeoffice, gleitende Arbeitszeiten, Teilzeit – **es lebt sich wunderbar im städtischen Feudalismus**. Dank der hohen Grundlöhne kommen die städtischen Angestellten auch mit Teilzeit-Modellen auf ein Einkommen, das für viele Menschen im privaten Sektor selbst mit Vollzeit kaum zu erreichen ist.

Aus dem Privilegienkatalog der Stadt Bern⁵⁴:

- Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt **40 Stunden**.
- Bis zum 20. Altersjahr gibt es **7 Wochen bezahlte Ferien** (gegenüber dem gesetzlichen Anspruch von 5 Wochen). Die jungen Leute sollen offenbar frühzeitig angefixt werden mit den Annehmlichkeiten einer öffentlich-rechtlichen Anstellung.
- **4 Wochen Vaterschaftsurlaub** – doppelt so viel wie gesetzlich vorgeschrieben
- **16 Wochen Mutterschaftsurlaub** – zwei Wochen mehr als für die gewöhnlichen Mitarbeiterinnen in der Privatwirtschaft.

Die Mitarbeitenden der Stadt Bern profitieren von weiteren Vergünstigungen, wie zum Beispiel:

- einem Stadtbeitrag an ÖV-Abonnemente,
- einem Stadtbeitrag an velofahrende Mitarbeitende,
- einem vergünstigten TST-Fitnessabonnement,
- einem günstigen Mobiltelefonievertrag: Zwei private Handynummern können in den Rahmenvertrag der Stadt Bern übertragen werden (günstiger Abo-Preis, günstige SMS- und Gesprächstarife).

Und zu guter Letzt können sie Weine aus dem städtischen Rebgut in La Neuveville zu «Spezialpreisen» beziehen. Da kann man nur sagen: **Prost den Privilegierten...**

⁴⁹ Wir arbeiten für Winterthur, Anstellungsbedingungen der Stadtverwaltung Winterthur, hrsg. vom Personalamt der Stadt Winterthur, 1. Aufl., Februar 2019

⁵⁰ Wir arbeiten für Winterthur, die Anstellungsbedingungen der Stadtverwaltung Winterthur, Winterthur, Februar 2019.

⁵¹ Marc Leutenegger: Finanzielle Zückerchen für Stadtangestellte, in: Der Landbote, 15.1.2020, S. 5.

⁵² <https://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/stadt/856-656-franken-zum-abgang/story/12441170>

⁵³ <https://www.bern.ch/themen/arbeiten-fuer-die-stadt-bern/eine-stelle-bei-der-stadt>

⁵⁴ <https://www.bern.ch/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/fpi/personalamt/was-koennen-sie-erwarten/anstellungsbedingungen>

8. Big Government oder: Wenn die Demokratie kippt

Ein wesentliches Merkmal des politischen Systems der Schweiz ist der Staatsaufbau von unten: Der Bürger ist der Chef; der Staat ist möglichst schlank, subsidiär und föderalistisch. **Dieses Erfolgsmodell ist in Gefahr.** In den urbanen Zentren leben immer mehr Menschen in direkter oder indirekter Abhängigkeit vom Staat. In Städten wie Basel oder Biel bestreiten bereits über zehn Prozent der Einwohner ihren Lebensunterhalt nicht mehr selbst – sie beziehen oft dauerhaft und sogar über Generationen hinweg Sozialhilfe und **leben auf Kosten der Allgemeinheit.**

Dazu kommt, dass weite Teile der Bevölkerung ihren Lohn vom Staat beziehen oder von diesem subventioniert werden: Dazu zählen Beamte, Lehrer, Professoren, Studenten, Sozialarbeiter, die Angestellten der städtischen Spitäler und Betriebe usw.

Die Berufskaste der Staatsbeamten ist regelrecht explodiert. 2020 gab es 167'000 Stellen auf den drei Staatsebenen Bund, Kantone und Gemeinden (notabene ohne die vielen Lehrer und die zahlreichen Angestellten im Sozial- und Gesundheitswesen). Das ist ein gutes Drittel mehr als vor 20 Jahren⁵⁵. Dabei müsste man, wie die NZZ schreibt, doch annehmen, dass der Beamtenapparat nicht so stark wächst wie die Bevölkerung, da sich Grössenvorteile bieten müssten. Doch beim Staat ist es genau umgekehrt: Er wächst schneller als die Bevölkerung – und auch viel schneller als die Zahl der Beschäftigten in der Wirtschaft.

Noch rasanter als die Zahl der Beamten wachsen die durch sie verursachten Kosten. Der **Personalaufwand beim Bund** nahm seit 2000 um **ganze 50 Prozent** zu – auf 6 Milliarden Franken. Denn die Staatsangestellten beziehen enorm hohe Löhne. «Am höchsten liegen die Bruttolöhne je Vollzeitstelle im Aussendepartement und im Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) mit je 144'000 Fr.»⁵⁶, rechnet die NZZ vor. Das sind ausgerechnet jene Departemente, die nach Brüssel drängen und uns immer mehr Vorschriften machen, wie wir zu leben haben.

Die Folgen dieser **zunehmenden Staatsabhängigkeit eines Grossteils der Bevölkerung** in den Städten zeigen sich nicht nur in der linken Bundesstadt Bern, sondern in allen urbanen Zentren mit ihren Staatsprofiteuren: Wenn die Hälfte oder mehr der Stimmbevölkerung direkt oder indirekt vom Staat lebt, **droht die Demokratie zu kippen.** Es fehlt dann an der kritischen Kontrolle durch die freien Bürger, sodass sowohl die Ausgaben wie die Macht des Staates unkontrolliert immer weiterwachsen. Das ist der ideale Nährboden für linke Projekte. Und weil «links» heute meist immer auch «mehr Staat» heisst, beschleunigt sich diese Negativspirale zusätzlich. Liberale Reformen, die den Staat in die Schranken weisen und die Freiheit des selbst-bestimmten Bürgers wahren, werden unter diesen Bedingungen praktisch unmöglich. Das führt unweigerlich zum **«Big Government»**: zu einem auswuchernden Staat, der massiv in alle möglichen Lebensbereiche der Bürger eingreift.

⁵⁵ ««Big Government»» floriert in der Schweiz », NZZ, 4.8.2021, S. 23.

⁵⁶ Ebd.

9. Die Medien als Komplizen

Wer sich wundert, dass die eklatanten Missstände und die aggressive Bevormundungsmentalität der links-grünen Städte nicht vermehrt diskutiert und kritisiert werden, findet die Antwort auch bei den **Medien**. Die Journalistinnen und Journalisten bewegen sich in ihrer überwiegenden Mehrheit in **derselben Lifestyle-Sozi-Blase** wie die tonangebenden urbanen Eliten. Verschiedene Untersuchungen über die politische Einstellung der Medienmacher zeigen ein eindeutiges Resultat: Die überwiegende Mehrheit der Journalisten tickt links⁵⁷. Während die SVP die mit Abstand wählerstärkste Partei der Schweiz ist, ist es bei den medialen Meinungsmachern und Multiplikatoren genau umgekehrt: In ihrer Gunst liegt die SVP auf dem letzten Platz aller Parteien.

Die Journalisten der **SRG – wo sich satte Dreiviertel selbst als links bezeichnen** – unterscheiden sich dabei kaum von ihren Berufskollegen bei den privaten Medien. Der Meinungskorridor ist eng und extrem linkslastig, wie sich bei wichtigen Volksentscheiden immer wieder zeigt: Kein einziges Mainstream-Medium war für die Masseneinwanderungsinitiative, kein einziges positionierte sich gegen das CO2-Gesetz. Die grossen Verlage sitzen alle in den grossen Städten, die meisten von ihnen im links-grünen Zürich. Die Journalisten pflegen den gleichen Lifestyle und bewegen sich in den gleichen Kreisen wie die Politiker und Beamten. Dass sie da Beisshemmungen entwickeln und ihre übereinstimmenden politischen Vorlieben zelebrieren, ist kein Wunder. Diese **Komplizenschaft mit der Macht** verstärkt das Problem: Die Luxus-Sozi-Bubble dreht weiter abgehoben ihre Runden.

10. Fazit und Forderungen

Die Bilanz der Analyse aktueller Brandherde des Stadt-Land-Konflikts in der Schweiz ist **alarmierend**: Die links-grün regierten urbanen Zentren profitieren über verschiedene Kanäle massiv von Transferzahlungen der Landbevölkerung. Gleichzeitig machen sie eine immer radikalere ideologisch verengte Politik mit Vorschriften und Verboten, welche die Freiheit und die Selbstverantwortung der Bürger massiv einschränkt.

Diese Entwicklung muss gestoppt werden: Sie untergräbt die bürgerlich-liberalen Grundwerte der Schweiz sowie den Zusammenhalt der Bevölkerung über Regionen und soziale Milieus hinweg. Stossend ist dabei, dass die Landbewohner den **dekadenten Lebensstil der Lifestyle-Linken** in den Städten in erheblichem Mass mitfinanzieren.

Hier sind die wichtigsten Befunde dieses Positionspapiers in der Übersicht:

- In den grossen Schweizer Städten **dominieren die links-grünen Kräfte** fast uneingeschränkt. Neun der zehn grössten Städte im Land haben eine links-grüne Regierung mit komfortablen Mehrheiten.
- Diese **politische Monokultur** begünstigt die Selbstbedienungsmentalität des links-grünen Filzes und sorgt für ein Wachstum der eigenen, staatsabhängigen Klientel.

⁵⁷ www.tagesanzeiger.ch/sonntagszeitung/fast-drei-viertel-aller-srgjournalisten-sind-links/story/17411512, www.bazonline.ch/leben/gesellschaft/journalisten-sind-gruen-und-links/story/17603575, <https://medienwoche.ch/2011/10/13/welche-parteien-die-journalisten-lieben/>.

- Die links-grüne Ideologie der Luxus-Sozialisten und Bevormunder-Grünen in den Städten steht in schroffem Gegensatz zu den politischen Einstellungen der Landbewohner. In den ländlichen Regionen werden die **traditionellen bürgerlich-liberalen Werte und Erfolgsfaktoren der Schweiz** hochgehalten: Freiheit und Eigenverantwortung zählen noch. Die urbanen Zentren hingegen gebärden sich im Zuge von Coronapnik, Klimawahn und «Cancel Culture» immer intoleranter. Wie das Beispiel der Klima- und Energiestrategie der Stadt Luzern zeigt, wollen die links-grünen Städte ihre Bewohner autoritär mit einschneidenden Massnahmen, Vorschriften und Verboten **umerziehen**.
- Die Städte **profitieren** in erheblichem Mass von den dörflichen Gemeinden und den Landbewohnern.
- Die Einwohner der Städte bezahlen **deutlich weniger Steuern**, als dies zur Deckung der staatlichen Leistungen notwendig wäre. Ein Grossteil des Fehlbetrags wird durch die Landbevölkerung über den kantonalen Finanzausgleich getragen.
- Die Steuerzahler auf dem Land sind wirtschaftlich viel leistungswilliger. Über die Staatssteuer der natürlichen Personen **subventioniert die Landbevölkerung die Stadtbevölkerung** in beträchtlichem Umfang.
- Mit dem Zentrumslastenausgleich subventionieren die Landgemeinden die Städte. Dabei wenden diese – wie am Beispiel der Stadt Bern gezeigt – **alle möglichen Tricks** an, um der Landbevölkerung noch tiefer in die Tasche zu greifen.
- Im **sozialen Wohnungsbau und der Kinderbetreuung** sind vor allem die Städte aktiv. Dabei gibt Zürich pro Kopf der Bevölkerung fast zehnmal so viel für Kindertagesstätten und Horte aus als die Gemeinden des übrigen Kantons!
- **Die Städte sind Moloche**, deren Aufwand ein Mehrfaches der übrigen Gemeinden beträgt. Das zeigt sich bei der **Sozialhilfe**: Die Sozialhilfequote ist in den Städten um den Faktor zwei oder mehr höher als auf dem Land.
- Die Bildungs- und Kulturinstitutionen in den Städten müssen von allen bezahlt werden, richten sich aber hauptsächlich an den Vorlieben der **urbanen Schickeria** und ihrer links-grünen oder linksliberalen Ideologie aus.
- Die einseitigen politischen Verhältnisse in den grossen Städten begünstigen Missstände und Vetterliwirtschaft. Vielerorts betrachten die abgehobenen urbanen Eliten die **Stadtkasse als Selbstbedienungsladen** (Fall Rodriguez und ERZ-Debakel in Zürich, Affäre Verkehrsbetriebe Luzern).
- In den grossen Städten leben immer mehr Menschen direkt oder indirekt vom Staat. Das ist gefährlich: Mit dieser Staatsabhängigkeit tendieren die Chancen auf liberale Reformen gegen null. Die **Misstände im Sozialwesen oder im Asylbereich** feiern Urständ und verewigen sich. Wenn das politische System nicht mehr reformfähig ist, droht die Demokratie zu kippen.
- Die **Mainstream-Medien** und grossen Medienkonzerne der Schweiz leisten der links-grünen Ideologie Vorschub, da die überwiegende Mehrheit der Journalisten ebenfalls links tickt und sich in derselben **urbanen Lifestyle-Bubble** bewegt wie die städtischen Eliten.

Um den schädlichen Einfluss der links-grünen Städte auf die freiheitliche politische Kultur der Schweiz zu beschränken sowie **mehr Fairness und Transparenz** in den Stadt-Land-Beziehungen sicherzustellen, fordert die SVP:

- die Herstellung der **Kosten- und Steuerwahrheit** zwischen Städtern und Landbevölkerung;
- die Streichung oder Kürzung des soziodemografischen Ressourcenausgleichs im NFA. Die sogenannten **«Zentrumslasten» sind historisch überholt** und den Zentrumsvorteilen gegenüber zu stellen. Die «Zentrumslasten» dienen den links-grün dominierten Stadtregierungen als Vorwand, weiter ihre Klientelpolitik

- zu finanzieren und den Sozialstaat wuchern zu lassen, statt Missbräuche zu bekämpfen und positive Anreize zu setzen;
- die Berechnung und Verteilung der **Nationalratssitze erfolgen auf der Basis der wahlberechtigten** und nicht der ständigen Wohnbevölkerung;
 - die Kernstädte werden als **eigenständige Prämienregionen** geführt, damit die Landbevölkerung nicht auch noch über die Krankenkassenprämien die viel höheren städtischen Gesundheitsausgaben pro Kopf subventionieren müssen;
 - das **Ausschreiben der Kantonshauptstadt**: Die Kantonsverwaltung erhält jene Gemeinde, die diese kosten- und verkehrsmässig besser unterbringen kann als die Hauptstadt (parlamentarische Vorstösse, kantonale Volksinitiativen);
 - die **Auslagerung bestimmter Verwaltungszweige**, da die Löhne in der Stadt höher sind, der verkehrstechnische Zugang erschwert ist und durch die links-grünen Städte gezielt immer mehr verbarrikadiert wird;
 - die Einführung eines **«Bezirksmehrs»** – analog dem Ständemehr beim Bund – bei allen kantonalen Sachabstimmungen. Das ist gerechtfertigt, weil die Landbezirke meistens wesentlich mehr an die Kosten der Vorlagen beitragen als die Städte (kantonale Volksinitiativen);
 - **Ausgemeindungen** aus dem Städteverbund: Seit Jahrzehnten finden Eingemeindungen ehemals selbständiger ländlicher Gemeinden in die Städte statt. Diese eingemeindeten Dörfer sind heute oft finanzkräftiger und bürgerlicher als die Stadtzentren. Durch die Ausgemeindungen aus dem Stadtverbund erhalten die früheren Gemeinden Autonomie und Budgethoheit zurück (Vorstösse Stadtparlamente);
 - die Einführung eines **Zweikammersystems auf Kantonsebene**: Der Kantonsrat repräsentiert wie bisher das Volk. Hinzu soll ein neues Gremium mit je zwei gleichberechtigten Vertretern pro Bezirk kommen (vergleichbar dem Ständerat auf Bundesebene);
 - die Abgabe von **Kulturgutscheinen** an die Steuerzahler. So können diese selber entscheiden, welche Art von Kultur sie mit ihrem Steuergeld finanzieren wollen;
 - eine faire **Beteiligung der Gratis-Velofahrer** an der Verkehrsfinanzierung (kantonale Vorstösse);
 - die **Reduktion der Masseneinbürgerungen** in den Städten;
 - eine ernsthafte Diskussion über die Bildung von **ländlichen Halbkantonen**;
 - Gegensteuer zum links-grünen Medien-Mainstream (Unterstützung des Referendums **«Staatsmedien Nein»**).